SINGEN kommunal

Die offizielle Zeitung der Stadtverwaltung Singen

Jahrgang 10 | Ausgabe 45 | 28. Dezember 2011

Haushaltsreden der Stadtratsfraktionen

Mit den hier wörtlich abgedruckten Haushaltsreden stimmten die Gemeinderatsfraktionen kurz vor Weihnachten einstimmig dem Haushalt 2012 zu.

CDU

Die Finanzkrise hat uns in diesem Jahr ganz schön in Atem gehalten und tut es immer noch. Die Verschuldung der öffentlichen Hand spielt für Anleger plötzlich eine ganz wichtige Rolle. Für die CDU-Fraktion ist die Begrenzung der kommunalen Schulden schon immer ein wichtiges Ziel gewesen. Wir freuen uns deshalb, dass der kommunale Haushalt 2012 wieder ohne neue Schulden auskommt. Und dies ohne eine Erhöhung der kommunalen Steuern. Dies haben wir natürlich der besseren Konjunktur und damit verbunden besseren Steuereinnahmen zu verdanken.

Erfreulich ist auch, dass wir im Haushaltsvollzug 2011 gegenüber dem Haushaltsplan mit einer deutlichen Verbesserung rechnen können. Statt einem geplanten Schuldenstand von 17,5 Millionen Euro beträgt der Schuldenstand am 31.12.2011 nur rund 7 Millionen Euro. Dies bedeutet konkret eine Nettonullverschuldung in 2011. Es bedeutet auch, dass die Kreditermächtigung von 5,1 Millionen Euro nicht in Anspruch genommen werden musste. Dies spart vor allem Zinsen. 175 000 Euro Zinsersparnis in 2012 gegenüber dem Ansatz von 2011. Dies ist leicht verdientes Geld.

Auf Grund der besseren Konjunktur können wir in den nächsten Jahren die Rücklagen wieder auffüllen. Dies halten wir für notwendig, damit wir im Falle eines Konjunkturabschwunges keine Vollbremsung im städtischen Haushalt vornehmen müssen. Die Kreisumlage von 35,57 Prozent ist für den Landkreis mehr als auskömmlich. Das sehen wir auch so. Dennoch akzeptieren wir sie. Wenn der Landkreis wirklich in nennenswertem Umfang in die Trägerschaft der Kliniken im Landkreis Konstanz einsteigen will, dann muss er sich auch spürbar finanziell beteiligen können. Diese Mittel müssen ihm aber auch vom Kreistag gegeben werden.

Auch hier gilt der Grundsatz: Zahlen sprechen oft eine deutlichere Sprache als Worte.

Sollte der Kreistag allerdings dennoch eine niedrigere Kreisumlage beschließen, so beantragen wir schon heute in 2012 eine weitere Rate des Investitionszuschusses in Höhe von 575 000 Euro an die HBH-Kliniken zu bezahlen.

Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Singen geht aber weit über die rund 146 Millionen Euro hinaus, die die Stadt Singen in ihrem kommunalen Haushalt umdreht. GVV, Stadtwerke, Kultur- und Tourismus und die HBH-Kliniken sind rein wirtschaftlich betrachtet in Summe von noch größerer Bedeutung. So sind die HBH-Kliniken mit 2400 Beschäftigten der größte Arbeitgeber im westlichen Hegau.

Selbstverständlich entstehen durch diese unternehmerische Betätigung der Stadt Singen auch finanzielle Verpflichtungen.

So hat die Stadt Singen Kreditverpflichtungen über den Eigenbetrieb Stadtwerke von rund 48 Millionen, Die Kreditverpflichtungen der GVV betrugen zum 31.12.2011 69 Millionen Euro, und waren durch Bürgschaften der Stadt über 30 Millionen Euro gesichert. Der Jahresumsatz der GVV beläuft sich auf 19 Millionen Euro.

Die Verbindlichkeiten der HBH-Kliniken belaufen sich bei einem Umsatz von rund 100 Millionen Euro laut Bilanz vom 31.12.2010 auf 51 Millionen Euro. Wenn man Schulden auflistet, dann muss man der Vollständigkeit halber die Schulden aller städtischen Töchter auflisten.

Der CDU-Fraktion sind alle städtischen Töchter gleich lieb und teuer.

Seit Mitte der 90er Jahre erhalten die HBH-Kliniken keinen Zuschuss von der Stadt Singen mehr; andere Kliniken im Land BW werden von ihren kommunalen Trägern deutlich besser gestellt.

Der im Haushaltsplan 2011 eingestellte Zuschuss in Höhe von 575 000 Euro ist trotz einer deutlichen Haushaltsverbesserung in diesem Jahr bis heute noch nicht ausbezahlt. Aus den 2 Finanzberichten, die der GR bisher für 2011 erhalten hat, ist dies nicht erkennbar. Diese Vorgehensweise entspricht definitiv nicht dem Willen der CDU-Fraktion und ich schätze auch nicht dem Willen der anderen Fraktionen im Singener Gemeinderat. Man muss helfen, wenn der Patient Hilfe braucht und nicht abwarten, ob der Patient auch ohne Hilfe gesund wird; wenn ja, dann wird geholfen; wenn nein, dann hat der Patient eben Pech gehabt. Den HBH-Kliniken sind durch eine realitätsferne Anordnung der Kommunalaufsicht des Regierungspräsidiums Freiburg ein Zinsnachteil von rund 33 000 Euro entstanden.

Zum Vergleich: Für den Eigenbetrieb Kultur und Tourismus übernimmt die Stadt Singen jährlich einen Defizitausgleich von rund 1,9 Millionen Euro.

Es ist höchste Zeit, sich bei der Krankenhausfinanzierung von der Renner/Lang-Doktrin zu verabschieden, wonach die HBH-Kliniken grundsätzlich ohne finanzielle Unterstützung der kommunalen Träger auskommen müssen. Dies ist bei anderen Klinikverbünden im Land Baden-Württemberg schon lange nicht mehr der Fall, die teilweise Millionenzuschüsse erhalten. Solch eine Unterstützung lässt das EU-Recht im Rahmen der Daseinsfürsorge auch ausdrücklich zu.

Hätte der damalige Geschäftsführer im Jahr 2008 nicht einen kurzfristigen Kredit bei der Berufsgenossenschaft aufgenommen, sondern bei der Stadt Singen um ein Gesellschafterdarlehen nachgefragt, dann hätte sich die Situation nie so zugespitzt.

Veronika Netzhammer

Zur Erinnerung: Wir hatten damals 20 Millionen Euro Rücklagen und wir haben uns mit 3 Millionen Euro bei der Herauslösung der Thüga aus dem E.ON-Konzern engagiert. Letzteres ist auch keine Pflichtaufgabe der Stadt Singen.

Fazit: Wir wollen keine dauerhaften Zuschüsse, aber sinnvolle Einzelfallentscheidungen müssen möglich sein.

Dass Fusionen nicht immer die Synergieeffekte bringen, wie oft vollmundig versprochen, haben wir mit der Ausweitung der HBH-Kliniken in den Landkreis Waldshut und in den Reha-Bereich schmerzhaft erfahren müssen. Wir haben auch erfahren müssen, dass man in vergleichsweise kurzer Zeit sehr viel Geld verlieren kann. Diese Erfahrung müssen wir kein zweites Mal machen. Deshalb sind wir so kritisch und vorsichtig und klopfen alles ab. Und schauen Zahlen genau an. Und hören genau hin. Wir haben eben inzwischen „Fusions Know-how“ aufgebaut.

Wir sind froh, dass zum Ende 2010 die Restrukturierung beendet ist und wir uns jetzt voll auf die Krankenhausversorgung unserer Bürgerinnen und Bürger konzentrieren können.

Bei dem Plan eines Klinikverbundes im Landkreis sind wir uns in den zentralen Fragen wie finanzielle Beteiligung, Mitspracherechte, Gremienstruktur und Medizinischem Konzept noch lange nicht einig. Von der Informationsveranstaltung im Januar erwarten wir uns weitere Informationen.

Nun zu anderen Themen: Singen ist die Jobmaschine im Landkreis. Deutlich mehr Menschen pendeln nach Singen ein als aus. Es muss unser Ziel sein, möglichst vielen dieser Pendler modernen, zeitgemäßen Wohnraum in Singen anbieten zu können.

Bei der Gemeinderats-Klausur im September haben wir mit der Diskussion darüber begonnen. Wir wollen, dass sich neben der GVV viele Immobilienunternehmen in der Erstellung und Modernisierung von Wohnraum in Singen engagieren. Hier müssen konkrete Gespräche erfolgen. Die Erschließung neuer Wohngebiete, wie z.B. Hinter Hof 3 in Bohlingen muss weitergehen.

Ein Schwerpunkt dieses Haushaltes liegt im Ausbau der Betreuungsplätze für Kleinkinder, wo wir uns auch noch in den nächsten Jahren finanziell engagieren müssen. Dies unterstützen wir. Damit wird Singen noch mehr zu einer familienfreundlichen Stadt. Die Betreuungsplätze müssen aber auch vor allem den Familien zur Verfügung stehen, die in Singen wohnen. Dass die Landesregierung das Projekt Singen-Bewegen-Sprechen nicht mehr fördert, halten wir für einen Fehler.

Als Schulstandort hat Singen den Vorteil, alle Schularten in der Stadt zu haben. Ihre Schulen lässt sich die Stadt Singen etwas kosten. 14 Millionen Euro wurden in den letzten Jahren investiert. In diesem Jahr wird in die Multimedia Ausstattung der Zeppelin-Realschule investiert. Interessant wird sein, wie die Aufhebung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung von den Eltern angenommen wird. Sollte es zu steigenden Übergangsquoten von Grundschüler in Realschulen und Gymnasien kommen, so sollten wir nicht krampfhaft versuchen, diese Kinder mit einer Gemeinschaftsschule in der Hauptschule festzuhalten, zumal wir jetzt noch ein 6-jähriges Technisches Gymnasium bekommen.

Den Einzelhandelsstandort Singen attraktiv zu halten, ist eine permanente Herausforderung für Unternehmen und Stadtverwaltung. Die Stadt engagiert sich in der weiteren Attraktivitätssteigerung des Straßenraumes in der Fußgängerzone. Mit der Sanierung des Herz-Jesu-Platzes geht auch für uns ein langgehegter Wunsch in Erfüllung.

Dass für das Kunsthallenareal ein gewichtiger Mietinteressent bereitsteht, ist eine positive Nachricht für die Innenstadt. Nun muss noch ein Investor gefunden werden; die GVV kann und soll diese Investition nicht selber tätigen. Dies war von Anfang an ausgemacht.

Dass Gewerbeimmobilien einen langen Atem brauchen und viel Kapital binden, haben wir in der Vergangenheit mehrfach erfahren. Deshalb wollen wir, dass sich die GVV in Zukunft wieder auf Wohnungsbau und Wohnungsvermietung konzentriert.

Der weitere Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist uns ebenfalls wichtig und findet in diesem Haushaltsplan seinen Niederschlag. Nachdem der Singener Norden durch die Nordstadtanbindung besser an das überörtliche Straßennetz angebunden wurde, geht es jetzt an die Realisierung der Mittelspange, die das Industriegebiet im Süden kreuzungsfrei an die B 31 anschließt. Sie wird auch Teile der östlichen Innenstadt von Verkehr entlasten. Mit knapp 3 Millionen Euro liegt hier der Schwerpunkt im Straßenbau.

Der Haushaltsplan 2012 ist wie sein Vorgänger ein Sparhaushalt. Dennoch setzt er wichtige Schwerpunkte.

Die CDU-Fraktion dankt Herrn Oberbürgermeister Ehret, Herrn Bürgermeister Häusler, den Geschäftsführern der kommunalen Tochterunternehmen sowie allen Mitarbeitern und Mitarbeitern für die konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2012 zu.

SPD

Wir haben zügig und intensiv im Verwaltungsausschuss vergangene Woche den vorliegenden Haushaltsentwurf diskutiert. Ich denke, es liegt daran, dass nach zwei Jahren mehr oder weniger Mangelverwaltung und einigen Nachtragshaushalten uns nun erstmals wieder ein Werk vorliegt, gekennzeichnet von einem gewissen Spielraum für Investitionen und einer positiven Zuführung zum Vermögenshaushalt.

Die Bildung zusätzlicher Rücklagen in Höhe von rund 5 Millionen Euro sind nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre im Sinne eines vorausschauenden, möglichst krisenunabhängigen Wirtschaftens sinnvoll, ja sogar dringend geboten.

Bei genauerer Betrachtung sind es nicht nur unsere eigenen Konsolidierungsbemühungen, die uns diese entspannte Haushaltslage bescheren, und auch nicht die spürbar zunehmenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Unser kommunaler Haushalt wurde, wie selten zuvor, durch den Geldsegen des Landes entlastet. Zum einem durch die Schlüsselzuweisungen; auch diese sind konjunkturabhängig, keine Frage.

Aber ich möchte hier nicht ganz ohne Stolz betonen, dass mit der neuen Landesregierung das Konnexitätsprinzip erstmals wirklich ernst genommen wird.

Allein für die Betreuung der Unter-Dreijährigen erhält die Stadt Singen mit knapp 1,7 Millionen Euro das Dreifache des bisherigen Betrages. Wir können damit zum ersten Mal überhaupt sowohl die Zuschüsse an die freien Träger als auch die eigenen Personalkosten nahezu vollständig über Landeszuschüsse abdecken.

Ähnlich im Bereich Sprachförderung. Ich gehe davon aus, dass wir die eingestellten 45 000 Euro städtischen Zuschuss nicht benötigen werden.

Mit einer weiteren Kostenbeteiligung von bislang geschätzten rund 100 000 bis 150 000 Euro erfüllt die Landesregierung auch im Bereich Schulsozialarbeit eine alte Forderung unserer Fraktion.

Regina Brütsch

Und schließlich: mit der Aufnahme der Ganztagesschule ins Schulgesetz werden sich darüber hinaus die Lehrerstunden im Ganztagesbereich erhöhen und somit die von der Stadt bezahlten Betreuungskräfte entlasten.

Wir haben in den vergangenen Jahren ohne Frage gut und konstruktiv gearbeitet, um unseren städtischen Haushalt zu entlasten. Aber dieses Bekenntnis des Landes, seine Verpflichtung gegenüber den Kommunen ernst zu nehmen, bringt uns eine sehr große Entlastung, gerade in einem Bereich, der in den nächsten Jahren noch kontinuierlich wachsen wird.

Im Rückblick auf die Diskussionen bezüglich der Einsparungen im Bereich Kinderbetreuung sei mir noch eine Bemerkung gestattet: Ich bin froh, dass sich Verwaltungsspitze und Gemeinderat mittlerweile zur guten Arbeit des Fachbereichs bekennen.

Es bereitet der SPD Fraktion eine gewisse Genugtuung, dass der Ausbau von insgesamt 6 städtischen Krippengruppen in den nächsten beiden Jahren und vor allem das Bekenntnis zur Nordstadt-Einrichtung nach jahrelanger mühevoller Überzeugungsarbeit so klar ausfiel. Ich gebe zu, dabei hat uns auch der Zeitdruck durch das Förderende 2013 in die Hände gespielt.

Zurück zum Haushalt:
Welche Botschaft geht von diesem Haushaltsplan aus? Wir investieren gezielt, arbeiten unsere Hausaufgaben teilweise aus der Zeit vor der Wirtschaftskrise sukzessive ab.

Der Investitionsplan beinhaltet zahlreiche kleinere und mittlere Maßnahmen, die wir z.T. vor uns her geschoben haben. Die wirklich großen Vorhaben stehen allerdings nach wie vor aus.

Bei den Gebäudesanierungen liegt der Schwerpunkt zu Recht bei den Investitionen in den Brandschutz. Für die SPD Fraktion stehen jedoch spätestens im nächsten Haushalt, dringend die weitere energetische Sanierung städtischer Gebäude, vor allem aber des Rathauses und der Schulen an.

Zur Anbindung des Industriegebietes durch die Mittelspange nehmen wir sehr viel Geld in die Hand. Zusammen mit dem Ausbau des Tiefenreuthe ist dies ein deutliches Signal der Wirtschaftsförderung.

Nach mehrjähriger Pause stehen nun endlich auch wieder Mittel für die Umsetzung des Innenstadtkonzeptes, und vor allem für das Sanierungsgebiet östliche Innenstadt zur Verfügung. Neben der Umgestaltung des Herz-Jesu-Platzes steht der Erwerb eines Gebäudes für begleitende soziale Maßnahmen an. Der Realisierungswettbewerb im Wetzsteinareal kann mit einer attraktiven, familiengerechten, energetisch vorbildlichen Bebauung durchaus ein Meilenstein bedeuten. Nun gilt es, neben den Mitteln auch Konzepte zu liefern bzw. fortzuentwickeln.

Die SPD Fraktion sieht die Verwaltung sowohl in der Innenstadt als auch im Bereich des Sanierungsgebietes in der Bringschuld. Dabei geht es uns um mehr als den Umzug vorhandener sozialer Einrichtungen in ein neues Gebäude oder die Auswahl von Lampen für die Fußgängerzone.

Ich beziehe hier bewusst die Brachen beim Kunsthallenareal und rund um den Bahnhof mit ein. Auch dort muss sich etwas bewegen.

Darüber hinaus warten wir noch immer auf ein Parkraumbewirtschaftungskonzept, das den Namen wirklich verdient.

Zum Thema Krankenhaus:
Die SPD Fraktion steht überzeugt für die Option einer kommunalen Trägerschaft in Kreislösung. Wir haben für die endgültige Entscheidung noch offene Fragen, und deshalb brauchen wir die beantragte Klausur im Januar. Für uns ist wichtig, dass der Kreis als zukünftiger Mehrheitsgesellschafter dieser Holding seinen Beitrag bringt. Wir sehen diese Verpflichtung auch und vor allem in der Zukunft. Allerdings würde es uns leichter fallen zuzustimmen, wäre die Gesellschaft von Anfang an seitens des Landkreises besser mit Kapital ausgestattet. Unser Signal an den Kreis ist deshalb klar:
Wir sind bereit, dafür den bislang veranschlagten Hebesatz der Kreisumlage nicht weiter abzusenken.

HBH ist trotz gutem Betriebsergebnis noch weit entfernt von gesunden Strukturen. Meine Damen und Herren, es sind noch lange nicht alle Risiken gebannt.

Sollte der Kreistag Anfang nächsten Jahres die Kreisumlage maßgeblich senken, wovon ich derzeit nach den aktuellen Wasserstandsmeldungen ausgehe, könnten wir uns durchaus vorstellen, im Rahmen einer Prioritätenliste einen entsprechenden Betrag zur weiteren Sanierung des HBH Konzerns zu verwenden. Sozusagen als Zeichen an die übrigen Partner, um in eine gesunde künftige Kreisstruktur zu starten.

Wir sollten die heutige Botschaft ernst nehmen, gezielt, mit Weitsicht und möglichst krisenunabhägig in Zukunft zu agieren. Es kommen in den nächsten Monaten und Jahren große Herausforderungen auf die Stadt Singen zu, als da sind all unsere großen Investitionen, angefangen von der Halle in Beuren, dem Hallenbad, der dreiteiligen Turnhalle und dem weiteren Ausbau eines modernen Schulwesens.

Eine echte Herausforderung ist die strategische Entwicklung unserer Stadt. In der Klausurtagung im Herbst ist es bereits angeklungen und das Interreg IV Projekt gibt uns erste Anhaltspunkte.

Wenn wir im 21. Jahrhundert weiterhin eine lebenswerte und prosperierende Stadt sein wollen, dann müssen wir uns fachbereichsübergreifend neu begreifen. Ich weiß, der Begriff Leitbild ist für viele ein Reizwort, doch im Grunde geht es genau darum:
Es wird nicht reichen, neue Wohngebiete für besser Verdienende in der Innenstadt und anderswo zu schaffen, und die Werbetrommel zu rühren. Die Belebung und Attraktivierung der Innenstadt ist wichtig, aber kein alleiniges Heilmittel.

Es wäre sträflich, die Innenentwicklung unserer ehemals ländlich strukturierten Ortsteile aus dem Blick zu verlieren.

Und:
Wir müssen die Menschen, die in unserer Stadt leben, mitnehmen! Wir müssen sie ermuntern, begeistern und, wenn nötig, unterstützen.

Nicht gleichgültig ist der SPD Fraktion eine Armutsquote von 11 Prozent und eine weitere Spaltung der Gesellschaft. Wir werden in Zukunft alle brauchen. Es geht aber auch um Gerechtigkeit und Chancengleichheit.

Ich gebe zu, Anfänge sind gemacht. In der östlichen Innenstadt, in den Kindertagesstätten. Die Entwicklung von Gemeinschaftsschulen in der Fläche wäre der nächste Schritt, die Schaffung der Stelle eines oder einer Integrationsbeauftragten mit Querschnittsaufgaben ein weiterer. Dies wird weitere Investitionen nötig machen, die unseres Erachtens aber langfristig gut angelegt sind.

Uns geht es nicht um neue, weitere Gutachten! In den einzelnen Abteilungen liegen uns zahlreiche Fakten, und Untersuchungen bereits vor. Lassen sie uns diese Potentiale heben und endlich verknüpfen; gemeinsame Ziele auch unter Einbeziehung unserer städtischen Töchter für eine prosperierende Stadt Singen entwickeln.

Es gilt neue Wege zu bestreiten: Die Sanierung der Scheffelhalle durch einen eigens aufgelegten Bürgerfonds könnte ein gelungenes Beispiel einer neuen alternativen Finanzierung sein. Gleichzeitig ist das Modell eine sinnvolle Möglichkeit, Bürgersinn und das Engagement in unserer Stadt in einer neuen Weise zu fördern.

Neue Wege beschreiten können nach der Satzungsänderung nun auch die Stadtwerke: Durch das neue Betätigungsfeld im Energiesektor eröffnen sich ganz andere Perspektiven. Wir fordern deshalb eine stärkere Beteiligung der Stadtwerke an regenerativer Energieerzeugung auch unter Beteiligung von Partnern bzw. anderen Gesellschaften, wie z.B. Solarkomplex.

Abschließend noch ein Satz zur Bürgerstiftung: Wir sind froh, dass die Bürgerstiftung mittlerweile aus der Taufe gehoben wurde und bereits erfolgreich starten konnte. Vonseiten der SPD Fraktion werden wir das unsere dazu beitragen, dass die Bürgerstiftung Singen eine Erfolgsgeschichte wird.

Die SPD Fraktion verbindet mit dem kommenden Haushaltsjahr die Erwartung, Neues auf den Weg zu bringen, Fahrt aufzunehmen und bei längst Begonnenem endlich auf die Zielgerade einzubiegen. Wir stimmen dem vorliegenden Haushaltsplan zu.

Unser besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die Arbeit im vergangenen Jahr.

FDP

Dieser uns heute vorliegende Haushaltentwurf, der in einigen Minuten beschlossen werden soll, ist in der Tat ein, lassen Sie mich salopp sagen, ein guter Wurf von Verwaltung und Gemeinderat.

Ich will uns alle loben, denn unserer aller Sparbemühungen, die vielen Beschlüsse dazu, und der Wille des Gemeinderates in einer Klausurtagung miteinander besprochen, sind weitgehend in diesem uns vorliegenden Werk abgebildet.

Fortsetzung und weitere Haushaltsreden finden Sie auf S. 2

Haushaltsreden ...

Fortsetzung von S. 1

Im laufenden Jahr, als die Gewerbesteuereinnahmen nicht so positiv erschienen, hatte ich einen optimistischen Blick in die Zukunft gewagt, in dem ich bemerkte, dass wenn die Abschlüsse mancher Firmen im Frühjahr vorlägen, sich die Einnahmesituation sicherlich verbesserte. Ich freue mich, recht behalten zu haben.

Ganz besonders freue ich mich dass dieser Haushalt ohne Steuererhöhungen zustande gekommen ist, wir sogar eine Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt von 7,6 Millionen Euro leisten können.

Peter Hänssler

Herr Oberbürgermeister, Herr Bürgermeister Häusler wir verabschieden heute, nach Jahren, wieder einen, ich möchte sagen, einen guten Haushalt, unsere Kunst muss es jetzt sein, konsequent unsere Sparbemühungen fortzusetzen, damit, wie der Herr Bürgermeister immer gerne sagt, der Kernhaushalt unserer Stadt, schuldenfrei ist, wird, bleiben soll, und dass es vielleicht gelingt, wieder Rücklagen zu bilden, denn wir wissen alle noch nicht wie sich die Eurokrise, die Beschäftigungslage, die Schuldenkrise, die Entwicklung unserer Industrie auf unseren Standort auswirken wird.

Wir, die FDP Fraktion, freuen uns, dass die in unserem Hause einmal herrschende Ausgabementalität spürbar geringer geworden zu sein scheint, dass Träume wie Kombibäder, Bahnhofunterführungen, mehrteilige Sportstätten etc. ausgeträumt sind, viele von uns vielleicht im Schweiß gebadet erwacht sind, wenn sie auch von den Folgekosten geträumt haben.

Lassen Sie mich einige Worte über unsere Töchter GVV und HBK sagen.

Durch einige Verkäufe hat sich die Situation der GVV verbessert. Wir alle sind froh den Flachbau beim Tower verkauft zu haben, wenn Sie die Zahlen studieren, werden Sie sofort feststellen, dass unsere GVV praktisch keinen Ertrag erwirtschaftet hat, für andere Immobilien immer noch potente Investoren sucht, auf teuren Immobilienmessen etc., aber mir ist bisher kein Erfolg bekannt, also außer Spesen nichts gewesen.

Die Kunsthalle wird im Haushalt von 800 einfach auf 500 000 Euro gesetzt, und dies obwohl die Grundstücke rechts und links der Kunsthalle vor ca. einem Jahr alle für einen Preis über jeweils über 1 Million erworben wurden. Ich mutmaße der Verkauf an einen Investor klappt deshalb nicht, weil zu teuer gekauft und die aus diesem zu teuren Kauf resultierenden Mieten für den innerstädtischen Handel nicht erwirtschaftbar sind. Fast alle Wohnungen in der Ekkehard/August-Ruf-Straße erworbenen Liegenschaften, sind leer, obwohl ein Trend zum Zuzug in die Innenstadt spürbar ist. Eine Brache in der Singener Innenstadt, ein Ärgernis. Wir meinen es ist dringend an der Zeit, über die Risiken, die die GVV vor sich herschiebt – am besten bei der Erörterung des Beteiligungsberichtes 2011 zu diskutieren, trotz der wieder gestiegenen Ausstattung mit Eigenkapital.

Des Weiteren gehen wir davon aus, dass bei eventuellen Baumaßnahmen am und im Kunsthallenareal die GVV nicht die Investorin sein wird, so wie von Herrn Oberbürgermeister mehrfach zugesagt wurde.

Kollegin Netzhammer hat kürzlich in einer Sitzung den Satz geprägt, in Singen gäbe es drei Dinge, die die Gemüter bewegen, den Hohentwiel, die Scheffelhalle und das Krankenhaus. Das sehen wir auch so.

Unser Krankenhaus in einer Kreislösung, unser aller Wunsch, aber so wie geplant, kann es nicht gehen. Singen hat restrukturiert, Personal abgebaut, Kosten gesenkt, auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einen Notlagentarif abgeschlossen, Konstanz von alledem, nichts, wenn, wie geplant, 5 Jahre eine Beschäftigungsgarantie ausgesprochen wird, – wie und was wollen Sie Herr Oberbürgermeister Ehret in einer Kreislösung dann rationalisieren – wenn Sie die Beschäftigung bei Personalkosten bei einem Umsatzanteil von Konstanz 80 Prozent gegenüber Singen 68 Prozent garantieren? Ich sage voraus in Singen werden nach Kostengesichtspunkten ganze Abteilungen verloren gehen.

Dies wollen wir nicht. Größe ist nicht das Allheilmittel für schwarze Zahlen wie Ludwigsburg, Vaihingen, Rems-Murr und Esslingen zeigen, nachzulesen in der Stuttgarter Zeitung. Singen kam in diese Schräglage durch den Versuch, in Reha-Kliniken mitzumischen, dazu wäre ein anderes Kow-how notwendig gewesen, unsere Stärken sind unser pflegerisches und ärztliches Personal, unsere zentrale Lage.

Herr Oberbürgermeister Ehret, wir bitten Sie, ja, wir fordern Sie auf, unser Krankenhaus so zu behalten wie es ist, der Landkreis möge mit Konstanz eine Holding bilden, die Personalstärke in den nächsten 5 Jahren auf unser Niveau zu bringen, dann reden wir weiter über Kooperationen, ziehen Bilanz wie es mit der Apotheke und der Neonatologie den Verbrauchsmaterialien geht, und entscheiden uns dann, ohne Zeitdruck und ohne überhastete Eile.

Ich möchte zum Schluss kommen, wir danken der Verwaltung für diesen Haushalt, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem Gemeinderat für die eingehaltene Haushaltsdisziplin, und natürlich allen Steuerzahlern von Singen

Die Fraktion der FDP stimmt ihm zu.

Neue Linie

Nur noch wenige Tage trennen uns vom Jahresende 2011, die Zeit ist wie im Flug vergangen, vieles wurde fertig gestellt, angestoßen, auf den Weg gebracht. Wichtiges beschäftigt uns aktuell, wie heute die Finanzdaten unserer Stadt und die Zukunft unseres Krankenhauses.

Die Haushaltsberatung und Beschlussfassung ist immer ein wenig wie ein Quantensprung. Das heißt: Wo stehen wir und wo wollen wir hin?

Wichtig ist die Frage, welche Finanzmittel stehen uns aktuell zur Verfügung und mit welchen Einnahmen können wir im Jahr 2012 rechnen? Dabei bewegt uns, wie sich die allgemeine wirtschaftliche Situation in unserm Land auswirkt. Das gilt mit dem Blick nach Berlin und Stuttgart, und auch zur europäischen Gemeinschaft.

Die internationale Situation mahnt zur Sorge. Trotzdem zeigt sich bei allen Turbulenzen, dass die politischen und wirtschaftlichen Kräfte die Verantwortung erkannt haben. Gerade die deutsch-französischen Initiativen lassen hoffen, einen stabilen europäischen Lösungsweg aus der Krise für die Bürgerinnen und Bürger in Europa zu finden. Die Stabilität des Euros und das Wirtschaftswachstum stehen damit im Fokus der Menschen. Soweit die Beschreibung der allgemeinen politischen Situation.

Marion Czajor

Damit möchte ich überleiten zum Entwurf des städtischen Haushalts 2012 mit seinen Rahmenbedingungen.

Zunächst ist festzustellen, dass das aktuelle Haushaltsjahr ohne Nachtragshaushalt abgewickelt werden konnte. Die Haushaltskonsolidierung erforderte große Disziplin, für zusätzliche Wünsche war kein Spielraum. Das war die gemeinsame Zielsetzung im Gemeinderat. Das wird auch für die Zukunft gelten. Es heißt nicht ohne Grund: „Spare in der Zeit, so hast du in der Not!“ Das bewahrheitete sich für die zurückliegenden schwierigen Haushaltsjahre, doch die Rücklagen für Notwendiges wurden aufgebraucht.

Der städtische Finanzplan, sofern er eingehalten werden kann, sieht für den Verwaltungshaushalt, in dem alle laufenden Einnahmen und Ausgaben des Verbrauchshaushalt enthalten sind, einschließlich Personal- und Sachausgaben, gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 10,15 Prozent vor. Damit erreicht das Volumen des Gesamthaushalts die Höhe von 123,8 Millionen Euro.

Das Haushaltsjahr 2011 zeichnet sich durch stabile und kräftig steigende Einnahmen der Gewerbesteuer und den Zuweisungen aus. Wir haben über 6,8 Millionen Euro mehr bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen und das Rechnungsjahr 2011 ist noch nicht abgeschlossen. Wir hoffen, dass das auch im neuen Jahr so bleibt. Mit den Schlüsselzuweisungen von Bund und Land in Höhe von 15,6 Millionen Euro und durch Gewerbesteuermehreinnahmen erreichen wir im Haushaltsansatz bereits die Höhe von 31 Millionen. So ist im Verwaltungshaushalt die Erwirtschaftung eines Überschusses von 7,6 Millionen Euro für Investitionen im kommenden Jahr vorgesehen. Daneben entwickelt sich die Zuschusshöhe im Vergleich zu 2011 in folgenden Bereichen steigend: z.B. für den Verlustausgleich von Kultur und Tourismus Singen mit 213 500 Euro und 575 000 Euro für das Hegau-Bodensee-Klinikum sowie 85 000 Euro für den Verlustausgleich der Stadtwerke.

Neben den aktuellen Bedürfnissen der kommunalpolitischen Haushaltsfelder mit ihren Pflichtaufgaben steht die Weiterentwicklung unserer Stadt im Mittelpunkt. Es geht uns dabei darum, das wir auch an die nächste und übernächste Generation in Singen denken, die Arbeit, Bildung und Nachhaltigkeit braucht, damit die Lebensqualität auch künftig erhalten bleibt. Dabei ist Arbeit und Bildung der Schlüssel für eine bessere Zukunft. Junge Menschen brauchen Perspektiven und ein gutes Freizeitangebot, damit sie in Singen bleiben. Das ist für eine ausgewogene Zusammensetzung unserer Gesellschaft ein unschätzbarer Wert. Wir müssen alles tun, um diese Entwicklung zu unterstützen. Hinzu kommt, dass in unserer Stadt fast zwei Drittel aller Kinder bis zum siebten Lebensjahr einen Migrationshintergrund haben. Deshalb ist die frühkindliche Förderung, wie wir wissen, entscheidend für den späteren Lebensweg. Gleichfalls wichtig ist uns, dass die Vereine für ihre wertvolle Arbeit, wobei wir besonders die Integrationsarbeit hervorheben möchten, Unterstützung erhalten. Hierbei zu sparen, ist der falsche Weg.

Die größte Herausforderung ist jedoch der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für Kinder unter drei Jahren. Dafür sind finanzielle Mittel im Vermögenshaushalt vorgesehen. Der Vermögenshaushalt enthält alle Einnahmen und Ausgaben, die das Vermögen oder die Schulden der Stadt verändern. Alles, was wir im Kinder- und Jugendbereich für Schule und Betreuungseinrichtungen investieren, ist eine Investition für die Zukunft. Wenn wir uns auf Bildung und Familienpolitik konzentrieren, tun wir damit auch der Singener Wirtschaft viel Gutes.

Wesentliche Projekte im Vermögenshaushalt sind die Vorhaben von Tageseinrichtungserweiterungen für Kinder mit einem Gesamtzuschuss von 1,75 Millionen Euro, ein Zuschussbetrag von 181 000 Euro für das neue Michael-Herler-Heim, die Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen von knapp 1,4 Millionen Euro für die östliche Innenstadt sowie weitere Investitionen von über 6 Millionen Euro, die in den Straßenbau fließen, einschließlich der Mittelspange.

Der voraussichtliche Schuldenstand des Konzern Stadt Singen am 31.12.2012 wird ca. 152 Millionen Euro betragen. Davon errechnet sich die Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von 3.315 Euro für jeden Einwohner dieser Stadt.

Der voraussichtliche Gesamtschuldenstand am 31.12.2012 setzt sich aus Beteiligungen der GVV mit 62,5 Millionen Euro und mit 29 Millionen Euro für das Hegau-Bodensee-Klinikum, dem Eigenbetrieb Stadtwerke von 48,9 Millionen und 11,9 Millionen Euro Schulden des städtischen Haushalts zusammen.

Und nun zum HBH-Klinikum:
Die Zukunftssicherung der HBH-Kliniken in eine Kreisholding hat über die Fraktionsgrenzen hinweg eine Allianz der Vernunft geschmiedet. Die entscheidende Frage ist, was muss die Stadt Singen finanziell noch einbringen für das HBH-Klinikum?

Die Bürger sind gegenüber der Politik, seit „Stuttgart 21“, kritischer geworden. Sie erwarten von der Politik eine Wertigkeit, die klar, transparent und nachvollziehbar sein muss. Sie haben Verständnis, wenn die Fakten ehrlich auf den Tisch kommen. Deshalb müssen die Bürger bei wichtigen Entscheidungen mitgenommen werden. Das setzt Transparenz und Nachvollziehbarkeit voraus. Das schafft Vertrauen und Glaubwürdigkeit, das erwarten die Bürger auch von der Kommunalpolitik.

Bei allen Entscheidungen steht die Frage im Vordergrund: „Was ist für Singen und für die Bürgerinnen und Bürger die beste Lösung?“ Das gilt auch für unser Krankenhaus.

Unser Kollege Professor Dr. Dieter Rühland wird unseren Standpunkt zu diesem Thema erläutern:
Zunächst ist festzuhalten, dass die finanzielle Entwicklung im Bereich HBK erkennen lässt, dass das Unternehmen im Wesentlichen allein in der Lage ist, die Krise nach 2009 zu meistern. Trotz der schweren Schuldenlast werden wieder Gewinne ausgewiesen. – Natürlich ist damit zu rechnen, dass die Kliniksanierung sich über einige Jahre hinziehen wird, aber es ist klar zu erkennen, dass unsere Klinik im nationalen Vergleich auch unter den schlechten Vorgaben der Gesundheitspolitik überleben wird!

Prof. Dr. Dieter Rühland

Und das offenbar auch ohne eine riskante Fusion mit Konstanz einzugehen. Andere Kliniken, die schon eine Fusion hinter sich haben wie sie unser Kreistag fordert, blicken da nicht so rosig in die Zukunft. Als Beispiel nenne ich den Klinikverbund Ludwigsburg. Er wurde von unserem „Fusionsberater“ Beckert geschmiedet. Dieser Konzern erwartet für das kommende Jahr über 5 Millionen Euro Defizit, in der Tat bedenklich.

Wenn wir uns ohne harte Fakten in eine Kreislösung stürzen, ist das Schlimmste zu befürchten. Niemand hat bisher Zahlen und Fakten auf den Tisch gelegt, die nachweisen, dass diese Fusion finanzielle Vorteile bringt. Und diese Zahlen und Fakten müssen vor einer Fusion auf den Tisch!

Die angedachte Kreislösung wird bisher nur von Emotionen gesteuert, zum Beispiel:
„Wenn wir da nicht mitmachen, befürchte ich in den nächsten 5 Jahren für uns eine Katastrophe.“
„Nur wenn wir mitmachen können wir überleben.“
„Wenn wir Konstanz nicht helfen, werden die privatisieren, dann geht es uns schlecht.“
„Wenn Villingen- Schwenningen fertig ist, müssen wir groß und stark sein, sonst gehen wir unter“.
„Eine solche Katastrophe wie wir sie 2009 erlebt haben, möchte ich nicht noch einmal erleben.“

Wenn behauptet wird, dass bei einer Fusion mit Konstanz Finanzreserven durch Rationalisierung gewonnen werden, dann muss man dies klar analysieren.

Auch hier sind Absichtserklärungen nicht hilfreich. In der Apotheke und beim Einkauf sind Rationalisierungen auch ohne Fusion möglich. Man kann sich den großen Einkaufsverbünden für Krankenhäuser anschließen.

Rationalisierung wäre im Personalbereich möglich. Hier soll aber eine 5jährige Beschäftigungsgarantie für die Mitarbeiter vertraglich festgelegt werden. Also geht da auch nichts. Wenn die Gutachter und die Lenkungsgruppe dennoch Rationalisierungsgewinne durch eine Fusion erwarten, müssen sie diese klar in Wort und Zahl benennen

An der 5-Jahresprognose von PWC, die für das Klinikum Konstanz und für HBK Gewinne prognostiziert, darf gezweifelt werden, zumindest was Konstanz anbetrifft. Denn Konstanz weist 12 Prozent mehr Personalkosten als Singen aus und 15 Prozent mehr Materialkosten. Wie will man bei insgesamt 78 Prozent Personalkosten (Konstanz) Gewinne erwirtschaften? Ich bin überzeugt, dass uns schon der testierte Jahresabschluss 2011 die Augen öffnen wird. Und bevor dieser Abschluss vorliegt, werden ja von uns keine Entscheidungen erwartet, wie bereits festgelegt ist.

Die Unternehmensberatungen Kienbaum und Luther haben in ihren Gutachten bei dem Fusionsvorhaben Nachteile für Singen beschrieben. Das müssen wir ernst nehmen. Bei 24 Prozent Beteiligung an der Kreisholding sind wir in Singen ohne jeden kommunalen Einfluss. Das kann nicht im Sinne unserer Bevölkerung und unserer Klinik und ihrer Mitarbeiter sein, für die wir Verantwortung tragen. Es muss auch ernsthaft diskutiert werden, in welcher Höhe wir zukünftig unsere Klinik in Singen aus unserem Haushalt finanziell unterstützen. Wenn die Bevölkerung eine kommunale Gesundheitsversorgung erhalten will, und das scheint ja fraglos der Fall zu sein, ist sie auch bereit dafür finanziell Hilfe zu leisten.

Was eine vom Kreis getragen Klinikholding anbetrifft, da müssen die demokratischen Prozesse, zumindest bei uns in Singen, noch durchlaufen werden. Der einseitig vom Kreistag beschlossene Konsortialvertrag bedarf noch zahlreicher finanzieller und substanzieller Korrekturen, um eine Klinikfusion auf Augenhöhe im Kreis zu gestalten. Damit ist die Beteiligungshöhe der Anteilseigner am Unternehmen und in den Leitungsgremien gemeint und die korrekte finanzielle Beteiligung des Landkreises an der Holding.

Wir danken der Kämmerei, den Fachbereichsleitern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die engagierte Arbeit.

Die Neue Linie Fraktion stimmt dem Haushalt 2012 zu.

Freie Wähler

Es wäre fast unhöflich, noch einmal die Eckpunkte des Haushaltsplans 2012 zu erläutern und die Zeit der Zuhörerinnen und Zuhörer aufs Neue mit den gleichen Zahlen zu strapazieren, die Ihnen meine Vorrednerinnen und Vorredner jetzt schon in aller Breite präsentiert haben.

Aber ein kleiner Rückblick auf das Jahr 2011 und auch ein Ausblick auf 2012 aus der Sicht der Freien Wähler Singen sei mir schon erlaubt.

Bis ins Frühjahr dieses Jahres waren wir mit einer geplanten Giftmüllanlage in unserer Stadt konfrontiert. Dabei hat es sich nicht einfach nur um Problemmüll der Region gehandelt, sondern Singen drohte Umschlagplatz für europäischen Problemmüll zu werden. Gott sei Dank konnte eine solche Anlage verhindert werden. Singener Verwaltung, Gemeinderat, als auch die Genehmigungsbehörden im Kreis haben dazu beigetragen, das Risiko für unsere Bürgerinnen und Bürger fernzuhalten.

Aber war es wirklich unsere Leistung? Waren wir nicht eher die Getriebenen der Firma Montan Chemie, hat die Verwaltung das Problem nicht einfach unterschätzt? Es war eine Singener Bürgerinitiative, die das Thema in die Öffentlichkeit getragen, die den Druck aufgebaut hat, der schließlich mit einer Aufgabe des Bauvorhabens endete. Es waren die Mitglieder der Bürgerinitiative Liebenswerter Hegau, die uns das Ausmaß und die enormen Risiken für uns alle erläutert haben.

Ich bin froh, dass wir in der Stadt solch engagierte Bürger haben. Und ich bin erst recht froh, dass sie Erfolg mit ihrem Engagement hatten. Schreiben wir die Verhinderung dieser Giftmüllanlage nicht nur auf die Fahnen von Verwaltung und Gemeinderat, sondern sagen einfach einmal deutlich „Danke“ an engagierte Bürgerinnen und Bürger.

Eine weitere wichtige Entscheidung war die Abschaffung der unechten Teilortswahl. Für uns Freie Wähler resultierte unser Ja für die Abschaffung aus der festen Überzeugung, dass jeder Gemeinderat verantwortlich ist für alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, egal ob Kernstadt oder Teilort.

Wir sind fest davon überzeugt, dass Bürgerinnen und Bürger aus den Teilorten in der Zukunft auf den verschiedensten Listen auftauchen werden und auch reelle Chancen auf eine erfolgreiche Wahl haben werden. Die politische Vielfalt in den Teilorten wird zunehmen und diese Vielfalt ist die Basis einer erfolgreichen Demokratie.

Die letzten Monate waren geprägt vom Ringen um eine kommunale Lösung für unser Krankenhaus.

Drohte uns vor nicht allzu langer Zeit noch Insolvenz oder Privatisierung, sind wir jetzt an einem Punkt, an dem wir wieder über eine unserer Kernaufgaben in der Daseinsfürsorge diskutieren können.

Für die Freien Wähler Singen ist klar: eine Privatisierung wird es mit uns nicht geben.

Wir haben aber auch das Recht, über alle Risiken und Gestaltungsspielräume einer Kreislösung informiert zu werden und dann unsere Entscheidung zu fällen.

Dass diese Entscheidung bald fallen muss, sind wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Krankenhausverbunds schuldig. Denn sie haben bisher die Hauptlast getragen und wesentlich dazu beigetragen, dass wir heute überhaupt noch über eine kommunale Zukunft unseres Krankenhauses diskutieren können.

Deshalb möchten sich die Freien Wähler an dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verbundes bedanken. Sie haben eine große Last auf sich genommen, damit wir kommunal bleiben.

An dieser Stelle möchte ich mich noch einmal deutlich für eine starke Kommune, für eine starke Stadt und auch für einen starken Landkreis aussprechen.

Wir Stadträte sind nicht gewählt worden, um wesentliche Grundbedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger dem freien Markt zu überlassen. Zu diesen Grundbedürfnissen zähle ich eben genau die Krankenhausversorgung, die Bildung, die Kultur, die Energieversorgung und soziale Netzwerke. Überhaupt den Umgang mit den vermeintlich Schwachen in unserer Gesellschaft.

Wenn die große Politik einen Großteil ihrer politischen Energie in der Auseinandersetzung mit sich selbst vergeudet, bleibt letztendlich nur die Kommune als direkt Verantwortliche für Bürgerinnen und Bürger übrig. Es gibt keinen Grund zu glauben, dass unsere städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeit schlechter machen als private Anbieter.

Dr. Hubertus Both

Die Freien Wähler begrüßen deshalb auch die Umwandlung der KTS in einen Eigenbetrieb. Die Kultur in unserer Stadt gehört in die Mitte der Bürgerinnen und Bürger und somit in die Mitte des Gemeinderats.

Eine GmbH ist keine wirtschaftliche Wunderwaffe, denn Wirtschaftlichkeit findet in den Köpfen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter statt und nicht in der Gesellschaftsform.

Wenn wir heute über einen Haushaltsplan abstimmen, könnte man auf den ersten Blick entspannt auf die Schuldensituation der Stadt blicken. Knapp sieben Millionen im städtischen Kernhaushalt sind eine überschaubare Größe.

Aber der Schein trügt, die Schuldenlast ist verteilt auf die städtischen Töchter: GVV mit über 60 Millionen, fast 50 Millionen bei den städtischen Eigenbetrieben, dazu noch mal das Hegau-Bodensee-Klinikum mit knapp 30 Millionen.

Es sind genau diese Verpflichtungen, die uns bei den zukünftigen Investitionen die Luft abschnüren.

Es gibt keinen Anlass entspannt in die Zukunft zu blicken.

Dass wir uns alle angewöhnt haben vom „Konzern Singen“, also die Stadt Singen samt ihren Töchtern zu reden, irritiert mich zunehmend. Wir sind kein Konzern, wir sind eine Stadt mit Verpflichtungen unseren Bürgerinnen und Bürgern gegenüber – wir können uns nicht einfach von unwirtschaftlichen Aufgaben trennen.

Tony Judt, einer der bedeutendsten Analytiker der europäischen Geschichte schreibt: „Auffällig ist aber, wie sehr wir die Fähigkeit verloren haben, Politik jenseits enger ökonomischer Begriffe zu sehen. Wir haben das politische Denken verlernt... Und so beschreiben wir unsere kollektiven Bestrebungen mit ausschließlich ökonomischen Begriffen

Fortsetzung und restliche Haushaltsreden finden Sie auf S. 3

Haushaltsreden ...

Fortsetzung von S. 2

– Wohlstand, Wachstum, BIP, Effizienz, Produktion, Zinsentwicklung und Börsenkurse –, als wären es nicht bloß Instrumente für bestimmte soziale oder politische Zwecke, sondern notwendige und hinreichende Ziele an sich."

Eine Stadt ist kein Konzern, eine Stadt, das sind Bürgerinnen und Bürger, und ein Stadtrat ist diesen Menschen verantwortlich.

Wie soll diese Verantwortung in Zukunft aussehen. Wo sollen wir in Zukunft investieren, wo sollen wir uns engagieren.

Wir brauchen nicht die Stadt der technischen Superlative. Es sind immer wieder Bauwerke, über die wir uns als Stadt definieren wollen. Hegau-Tower, Kunsthallenareal usw.

Herr Oberbürgermeister, verabschieden Sie sich von einer solchen städtischen Wahrnehmung.

Warum setzen wir nicht die Superlativen im sozialen oder kulturellen Bereich. Wir sind eine Stadt mit einer hervorragenden kulturellen Infrastruktur, eingebettet in einer wunderbaren Hegaulandschaft. Warum setzen wir nicht noch mehr Akzente im sozialen Bereich?

Herr Hilgers, Präsident des Kinderschutzbunds Deutschland und früherer Bürgermeister der Stadt Dormagen, hat uns dieses Jahr in seinem beeindruckenden Vortrag gezeigt, wie vielfältig das soziale Engagement einer Stadt sein kann – und sagen Sie bloß nicht, wir hätten dafür kein Geld. Jeden Euro den wir heute in junge Menschen investieren, erspart uns die vielfach höheren Folgekosten einer schlechten Betreuung in der Zukunft. Soziales Engagement rechnet sich! So oder so.

Wir sollten unser städtisches Profil bei den „weichen Standortfaktoren" stärken: Kinderbetreuung, Jugendprogramme, Schulen, ÖPNV, kulturelles Angebot, Radwege und Naherholung machen eine Stadt attraktiv für Bürgerinnen und Bürger und vor allem auch für Neubürger, für zukünftige Leistungsträger in unserer Stadt.

Die fragen nicht zuerst nach einer Einkaufsmall, sondern die wollen wissen wo ihre Kinder betreut werden.

Wir haben in Singen ein hervorragendes Fundament für den Ausbau solcher Standortfaktoren, wir müssen es bloß wollen.

Aber wenn wir schon von Superlativen reden, sollten wir uns auch einen traurigen Rekord verdeutlichen: Bei der letzten Kommunalwahl hatte Singen die landesweit niedrigste Wahlbeteiligung im Land. Nun kann man auch einfach sagen: wer nicht wählen geht, ist selber schuld. Aber mit welchem politischen Selbstbewusstsein wollen wir für die Belange der Stadt Singen streiten, wenn uns nur noch eine Minderheit wählt. Warum gibt uns die schweigende Mehrheit nicht ihre Stimme?

Dieser Frage müssen wir uns stellen. Wir müssen uns neue Wege der Kommunikation mit unseren Bürgerinnen und Bürgern suchen. Bei allen Herausforderungen in wirtschaftlichen oder sozialen Bereichen ist dies die Kernfrage unserer gemeinderätlichen Zukunft.

Die Demokratie unserer Stadt steht auf dem Spiel. Wachen wir auf.

Im Wissen um diese demokratische Herausforderung stimmen die Freien Wähler Singen dem Haushaltsplan 2012 zu.

Zuletzt noch etwas in eigener Sache: Im Südkurier ist von einer neuen Parteigründung mit Namen „Freie Wähler" zu lesen, die bei der nächsten Bundestagswahl antreten wollen.

Die Freien Wähler Singen lehnen diese Parteigründung ab und distanzieren sich in aller Deutlichkeit auch von den Zielen dieser Partei.

Die Freien Wähler Singen sind eine rein kommunalpolitisch orientierte Gruppierung.

Wir fühlen uns ausschließlich der Stadt Singen und dem Landkreis Konstanz verantwortlich.

Für Bürgerinnen und Bürger, die sich auf Landes- oder Bundesebene engagieren wollen, steht ein vielfältiges Parteienspektrum zur Verfügung.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Wirtschaftskrise hat uns zum Glück nicht so stark getroffen wie anfänglich befürchtet. Es war richtig, die Einnahmen vorsichtig anzusetzen und die Kreditaufnahme so niedrig wie möglich zu halten. Diesen Kurs unterstützen wir auch für die kommenden Haushalte.

Ein sehr positives Ereignis gab es im März 2011. Durch die Ablösung der alten Landesregierung durch eine grün/rote Koalition werden jetzt alte Verkrustungen aufgelöst und alte Zöpfe abgeschnitten. Das wird sich auch positiv auf die Kommunen im Land auswirken. Ein Beispiel: Da wir als Stadt nur eingeschränkte Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung haben, hilft es auch uns, dass der neue Landtag eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer beschlossen hat und einen erheblichen Teil dieser Einnahmen an die Kommunen weiterreicht. Allein im Bereich der Kleinkindbetreuung und der Kindergartenförderung kommen mehr als 1,7 Millionen Euro zusätzlich in die städtischen Kassen. Diese Zuschüsse werden wir brauchen, weil wir auch über 2013 hinaus den Anteil an Krippenplätzen über die 35 Prozent hinaus ausbauen müssen.

Eine wichtige Entscheidung hat der Gemeinderat im November beschlossen. Nachdem die Stadtwerke Singen ihre Energieversorgung 1933 verkaufen mussten, sollen die Stadtwerke in Zukunft wieder in die Energieerzeugung investieren dürfen. Dabei geht es ausschließlich um nachhaltige Investitionen in regenerative Energien und Energieeffizienz in der Region. Wir brauchen das Engagement der Stadtwerke, wenn wir den Atomausstieg und die Klimaziele erreichen wollen. Mittelfristig sollten die Stadtwerke auch das Strom- und Gasnetz wieder übernehmen.

Im Haushaltsplan stehen 440 000 Euro als Stromkosten nur für die Straßenbeleuchtung. Viele sind unzufrieden mit dem jetzigen Status. Am auffälligsten wird das an den verdreckten Straßenbeleuchtungen in der Fußgängerzone. Bereits 2009 wurde das Thema Straßenbeleuchtung im Gemeinderat diskutiert. Uns ist klar, dass aufgrund unklarer Verträge die Rechtslage schwierig ist. Aber wir brauchen bis Mitte 2012 eine Lösung. Wir würden eine Übernahme der Straßenbeleuchtung durch die Stadtwerke begrüßen, damit wir selbst über die dringend notwendigen Modernisierungen der Straßenbeleuchtung entscheiden und mit energieeffizienten LED-Beleuchtungen die Strom- und Wartungskosten reduzieren können.

Insgesamt kommen aus unserer Sicht weitere Anforderungen auf die Stadtwerke zu. Aus den Erfahrungen der letzten Jahre müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es eine zukunftsfähige und flächendeckende Breitband Infrastruktur auf rein privatwirtschaftlicher Basis nicht geben wird. Andere Kommunen, auch in der Nachbarschaft, sind schon dazu übergegangen, Breitbandtechnik auf Glasfaserbasis selber zu verlegen. Auch in Singen müssen wir prüfen, ob wir das in bestimmten Bereichen nicht selber machen. Breitbandversorgung gehört zur Infrastruktur wie Straßen, Gas und Wasser und ist existenziell für Industrie und Gewerbe.

Mit großer Mehrheit hat der Gemeinderat vor einigen Monaten die unechte Teilortswahl abgeschafft. Wir sind davon überzeugt, dass das keine Nachteile, sondern neue Chancen für die Ortsteile bringen wird. Alle Fraktionen sind bereit, die Ortschaftsräte und Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher zu unterstützen. Für die gesamte Stadt bringt das mehr Chancengleichheit und einen Demokratiegewinn.

Mit dem Sanierungsgebiet Oststadt wollen wir die Probleme in einem wichtigen Wohnquartier angehen. Leider werden die Fördermöglichkeiten von privaten Investoren zu wenig genutzt. Wir brauchen dringend ein Leuchtturmprojekt, mit dem wir zeigen können, dass eine vernünftige Sanierung, Verzinsung der Investitionen, stabile Mieten und Nebenkosten keine Gegensätze sein müssen.

Es wäre uns sympathischer gewesen, wenn die Sanierungsmittel in die Modernisierung von Wohnungen geflossen wären als in die Pflasterung des Herz-Jesu Platzes. Bevor uns die Mittel verloren gehen, tragen wir diese Maßnahme mit. Für die zweite Phase des Ausbaues, der Bebauung entlang der Ekkehardstraße mit einer Tiefgarage, sehen wir im Moment keinen Bedarf. Zum einen haben wir genug halbleere Tiefgaragen in der Stadt und zum anderen brauchen wir zuerst eine deutliche Verkehrsreduzierung in der Ekkehardstraße. Bis wann wir eine Verlegung der Bundesstraße auf die Georg-Fischer Straße und die notwendigen Verkehrslenkungen haben werden, ist nicht vollkommen geklärt.

Eberhard Röhm

Die Bevölkerungsvorausberechnungen für Singen zeigen, dass Singen nicht weiter wachsen wird. Deshalb müssen wir damit aufhören, immer neue Wohngebiete auszuweisen. Den noch notwendigen Zuwachs an Wohnfläche müssen und können wir durch Innenverdichtung und Wohnraummanagement abdecken. Jede weitere Infrastrukturmaßnahme über die heutigen Siedlungsflächen hinaus bedeuten höhere Kosten für eine gleichbleibende Anzahl von Menschen. Was es bedeutet, Leerstände zu haben, können wir bereits heute in strukturschwachen Regionen besichtigen. Leerstehende Gebäude und Wertverlust von Wohnraum sind dabei nur ein Aspekt.

Immer wieder müssen wir schmerzhaft erfahren, dass bestimmte Dinge länger brauchen als geplant. Die Nutzung des Kunsthallenareals gehört auch dazu. Jeder zusätzliche Monat Wartezeit kostet die GVV viel Geld, das wir sinnvoller verwenden könnte. Wenn es in absehbarer Zeit keine Lösung gibt, dann müssen wir einen Plan C entwickeln. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass Geduld, wie beim Hegau Tower Vorbau, zum Erfolg führt.

Für den Bahnhofsvorplatz erwarten wir für 2012 eine Planung, die der Funktion des Platzes, als größte Drehscheibe im öffentlichen Nahverkehr im Landkreis Konstanz, gerecht wird. Nirgends überqueren im Landkreis mehr Menschen eine Straße und die Trennung Bahnhof zu den Bushaltestellen, durch die Bahnhofstraße, ist nicht benutzerfreundlich. Deshalb muss nach unserer Auffassung der Durchgangsverkehr in der Bahnhofsstraße weitgehend unterbunden werden. Nur so schaffen wir ausreichend Raum für einen zeitgemäßen Busbahnhof und eine innenstadtfreundliche Anbindung des Bahnhofes und ein optimale Einbindung des Radverkehrs und der Fußgänger. Eine Lösung mit einer Unterführung und einer Tiefgarage kommt für uns aus städtebaulicher Sicht aber auch aus Kostengründen nicht in Frage.

Dringend muss auch das Thema Fahrradabstellplätze am Bahnhof gelöst werden. Auch wenn die Bahn ein schwieriger Partner ist, müssen wir intensiv bei der Bahn auf eine Lösung drängen. Durch die weitere Zunahme des Radverkehrs, sowohl des elektrischen als auch des muskelbetriebenen, müssen wir unsere Radwege diesen neuen Anforderungen anpassen.

Parken in Singen ist ein kurioses Thema. Zum einen weigert sich der Stadtrat nach mehr als 10 Jahren, die Gebühren auch nur moderat zu erhöhen. Auf der anderen Seite wird geparkt nach Wildwestmanier. Die Hoffnung, dass sich mit dem Parkleitsystem die Parkmoral bessert, hat sich nicht erfüllt. Die Konsequenzen fürs Falschparken sind in Singen einfach zu gering. In anderen Städten ist man da längst weiter. Auch wir müssen dafür sorgen, dass die Regeln beim ruhenden Verkehr eingehalten werden.

Auch wenn die Stadt Singen nicht darüber entscheidet. Wir lehnen eine Beleuchtung der Hohentwielruine ab. Der Schaden wäre in diesem sehr sensiblen Gebiet für die Tierwelt groß. Da spielt es auch keine Rolle, ob die Beleuchtung modern und ökologisch ist. Auf der anderen Seite steht ein diffuser Nutzen, von dem niemand wirklich etwas hat.

Die Entscheidung zur Krankenhausfusion wird die wohl wichtigste Stadtratsentscheidung seit vielen Jahren werden. Alle Fraktionen wollen auch das „Kleingedruckte" in den Gutachten, von denen es ja viele gibt, und den Verträgen lesen und alle offenen Punkte müssen vorab angesprochen und wenn möglich gelöst werden. Ein paar Monate mehr Zeit stellen keine Gefährdung für das Gesamtprojekt dar und eine gründliche Arbeit sind wir den Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

Auch wenn sich Landrat Hämmerle zu seinen ursprünglichen Positionen etwas bewegt hat, das finanzielle Engagement des Landkreises ist zu gering und es bestehen keine Verpflichtungen, im Krisenfall unterstützend einzugreifen. Hierzu herrscht noch Handlungsbedarf.

Wir erleben zurzeit auch den Kampf um den Einflussverlust, der nun mal bei einer Fusion unvermeidlich ist. Radolfzell und Engen haben diesen Prozess schon hinter sich. Wir sollten natürlich versuchen, den Einfluss dieses Gemeinderates so hoch wie möglich zu halten. Letztendlich müssen wir uns aber daran orientieren, welcher Weg der zukunftsfähigere für unser Krankenhaus ist.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass es vor der Fusionsentscheidung eine Bürgerinformationsveranstaltung geben soll. Diese Form der Bürgerbeteiligung sollten wir nicht auf solche großen Entscheidungen begrenzen. Es ist aus unserer Sicht erforderlich, dass sich Verwaltung und Gemeinderat regelmäßig, auch zu kleineren Themen, mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammensetzen.

Die Finanzplanung der Verwaltung zeigt eine sich langsam verbessernde finanzielle Situation der städtischen Finanzen auf. Wenn es richtig ist, dass die Verwaltung eine Dienstleistungsbehörde ist, deren wichtigstes Kapital die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind, und wenn es stimmt, dass eher noch mehr Aufgaben auf die Kommunen zukommen, dann sind nach unserer Auffassung die Personalkosten für die kommenden Jahre zu niedrig angesetzt.

Die Schuldentilgung, wie sie im Haushaltsplan dargestellt ist, ist uns zu langsam. Herr Häusler hat im VFA zugesagt, die Schulden schneller zu tilgen, wenn die Einnahmen wie geplant fließen.

Natürlich gibt es auch eine Reihe von kleineren Kritikpunkten am Haushaltsplan. Diese haben wir in den Ausschüssen immer wieder vorgebracht. Bei der Gesamtbewertung sind wir zum Schluss gekommen, dass die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen dem Haushaltsplan 2012 zustimmen kann.

Ende der Haushaltsreden

Satzung

der Stadt Singen (Hohentwiel) zur Änderung der Hauptsatzung

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.7.2000, zuletzt geändert durch Gesetz vom 9.11.2010 (GBl. S.793) hat der Gemeinderat der Stadt Singen (Hohentwiel) am 20.12.2011 folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Die Hauptsatzung vom 13.12.2005 i.d.F. vom 28.7.2009 wird wie folgt geändert:
§ 15 Abs.3 erhält folgende Fassung:

„Der Ortschaftsrat entscheidet im Rahmen des Haushaltsplanes der Stadt Singen (Hohentwiel) selbständig anstelle des Gemeinderates bis zur Wertgrenze ‚unter 150.000 Euro' über die nachfolgenden Aufgaben, soweit sie ausschließlich den Ortsteil betreffen und es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung oder dem Oberbürgermeister sonst nach § 10 dieser Satzung zugewiesene Aufgaben handelt:

a) Pflege des Ortsbildes und des örtlichen Brauchtums;
b) Förderung der örtlichen Vereinigungen im Rahmen der bestehenden Richtlinien;
c) Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen in dem im Zusammenhang bebauten Teil der Ortschaft;
d) Anlegung und Unterhaltung von Wirtschaftswegen, Grünflächen/-anlagen, Sportanlagen, Kinderspielplätzen, Kultureinrichtungen und Friedhöfen nach Maßgabe der planungs- oder sonstigen widmungsrechtlichen Vorgaben;
e) Unterhaltung der örtlichen Verwaltungs-, Kindergarten- und Schulgebäude;
f) Regelung der Benutzungsverhältnisse der unter Buchstabe d) genannten kommunalen Einrichtungen vorbehaltlich anderweitigen Satzungsrechts."

§ 2
Die Änderungssatzung tritt zum 1.1.2012 in Kraft.

Hinweis: Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder auf Grund dieses Gesetzes zu Stande gekommen sind, gelten ein Jahr nach Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen. Dies gilt nicht, wenn
1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
2. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat oder wenn vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.
Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr.2 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Öffentliche Bekanntmachung

Änderungssatzung des Sanierungsgebietes Östliche Innenstadt

Inkrafttreten

Der Gemeinderat der Stadt Singen hat am 20. Dezember 2011 in öffentlicher Sitzung die Satzungsänderung für das Sanierungsgebiet „Östliche Innenstadt" über die Erweiterung des räumlichen Geltungsbereichs gemäß § 142 Baugesetzbuch beschlossen.

Mit der Änderungssatzung wird der ursprüngliche Geltungsbereich um das Grundstück Flst. Nr. 71 Hauptstraße 2 erweitert.

Mit dieser Bekanntmachung wird die Änderungssatzung über den erweiterten Geltungsbereich des Sanierungsgebietes „Östliche Innenstadt" rechtsverbindlich.

Die Änderungssatzung mit dem Lageplan vom 28. November 2011 kann beim Fachbereich Bauen, Abteilung Stadtplanung, Zimmer 113-118, Julius-Bührer-Straße 2, Singen, während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Zusätzlich dazu kann diese Änderungssatzung zusammen mit dem Lageplan vom 28. November 2011 auf der Homepage der Stadt Singen „www.singen.de" unter Planen, Bauen, Mobilität/Stadtplanung/Stadtsanierung/Sanierungsgebiet Östliche Innenstadt eingesehen werden.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Baugesetzbuches bei der Aufstellung dieser Satzung ist nach § 215 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres – bei Mängeln der Abwägung innerhalb von sieben Jahren – seit Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Singen geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung und über die Bekanntmachung dieser Satzung verletzt worden sind.

Singen, 28. Dezember 2011

gez. Oliver Ehret
Oberbürgermeister
der Stadt Singen

Herzlichen Glückwunsch!

Altersjubilare

Mittwoch, 28. Dezember:
Bertha Neidhart (89), Dora Paula Knoll (82).
Donnerstag, 29. Dezember:
Ioannis Michelidakis (91), Ursula Margarete Zittier (84), Cäcilie Franziska Jasny (82), Hadwig Schlageter (82), Manfred Hermann (80).
Freitag, 30. Dezember:
Walter Pauli (88), Rudolf Emil Wicker (85), Franz Bernkopf (84), Wilhelmina Regina Mayer (84), Anna Katharina Roßburg (84), Lieselotte Hillebrandt (83), Martin Erich Mende (83), Anna Amalie Elisabeth Peschel (80).

Samstag, 31. Dezember:
Irene Elisabeth Waibel (92), Hilda Domke (91), Irma Klara Preisinger (89), Ilse Elisabeth Maria Liebich (81).
Sonntag, 1. Januar:
Franz Fleischer (92), Käthe Bering (90), Walter Hans Staiger (88), Elfriede Anna Wacker (88), Hermine Kraus (86), Fritz Reize (85), Antonija Medjed (82), Alfred Josef Schwanz (82), Emma Weber (82), George Kraus (81), Ingeburg Anna Rittershofer (81), Theresia Spreitzer (80).
Montag, 2. Januar:
Istvan Baja (91), Hedwig Hertha Christmann (91), Elisabeth Habermann (91), Freya Spies (90), Adeline Elisabeth Engel (86), Ruth Irmgard Rudolf (83), Natalie Schützle (83), Aloisia Lehmann (82).
Dienstag, 3. Januar:
Elisabetha Erna Horwath (90), Gerhard Karl-Heinz Koch (89), Georg Schuller (89), Ingeborg Liselotte Tränkle (85), Dr. Gerhard Berberich (82), Eugen Rüede (82), Alice Minna Bexel (80).

Wer nicht möchte, dass sein Geburts- oder Hochzeitstag veröffentlicht wird, kann sich telefonisch beim Bürgerzentrum unter 85-600 oder 85-601 von 8 bis 18 Uhr melden.

Singen durch Scheffels Brille

Zum dritten Mal bringt das Stadtarchiv den Kalender „Fotoschätze des Stadtarchivs" heraus. Der Kalender für das Jahr 2012 thematisiert, wie der Titel „Singen durch die Brille des Dichters Joseph Victor von Scheffel gesehen" verrät, Singen aus Scheffels Perspektive. Der berühmte Autor bediente sich oft der Eisenbahn, um nach Singen zu gelangen. Wer wusste beispielsweise, dass der erste Singener Bahnhof ein kleiner Holzbau am Güterweg war? Der Kalender „Singen durch die Brille des Dichters Joseph Victor von Scheffel gesehen" ist im Stadtarchiv, Julius-Bührer-Straße 2, für 9 Euro zu erwerben.

Stadtwerke: Wertstoffhof geschlossen

Die Stadtwerke Singen weisen darauf hin, dass der Wertstoffhof an Silvester, 31. Dezember, geschlossen bleibt.

IMPRESSUM
Herausgeber
von *SINGEN KOMMUNAL:*
Stadtverwaltung Singen (Htwl.),
Hohgarten 2, 78224 Singen.
Redaktion:
Axel Huber (verantwortlich)
Lilian Gramlich
Heidemarie-G. Klaas
Telefon 85-107, Telefax 85-103
E-Mail: presse.stadt@singen.de

Öffentliche Bekanntmachung

Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften „Mittelspange Nord“ Inkrafttreten gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB)
Vollständige Aufhebung der Bebauungspläne „Verbindungsstraße zwischen der Georg-Fischer-Straße, der B33/34 und der L233“ (rechtskräftig seit 21. Juni 1985) und „Mittelspange Teil A“ (rechtskräftig seit 21. April 1995) sowie Aufhebung der Bebauungspläne „Erweiterung Industriegebiet – Gewann Weidenseil“ (rechtskräftig seit 21. März 1976), einschließlich der Änderungen vom 18. Februar 1982 und 10. Oktober 1997, und „5. Änderung Weidenseil“ (rechtskräftig seit 28. Juni 2006) jeweils in dem entsprechenden Teilbereich

Der Gemeinderat der Stadt Singen hat in der öffentlichen Sitzung am 20. Dezember 2011 den Bebauungsplan sowie die Örtlichen Bauvorschriften „Mittelspange Nord“ gemäß § 10 BauGB als Satzungen beschlossen.

Die Geltungsbereichsgrenzen des Bebauungsplanes und der Örtlichen Bauvorschriften „Mittelspange Nord“ sind im Übersichtsplan dargestellt. Das Plangebiet liegt beiderseits der B 34 in nördlicher Verlängerung der Robert-Gerwig-Straße.

Mit dem Bebauungsplan und den Örtlichen Bauvorschriften werden insbesondere die folgenden Planungsziele verfolgt: Die Mittelspange soll die Robert-Gerwig-Straße über die Gleise hinweg bis zur B 34 und darüber hinaus bis zur K 6164 verlängern und so den Bahnübergang „Hirschbühl I“ beim „Seehas“-Haltepunkt „Singen-Industrie“ ersetzen.

Der Bebauungsplan und die Örtlichen Bauvorschriften „Mittelspange Nord“ treten mit dieser Bekanntmachung in Kraft.

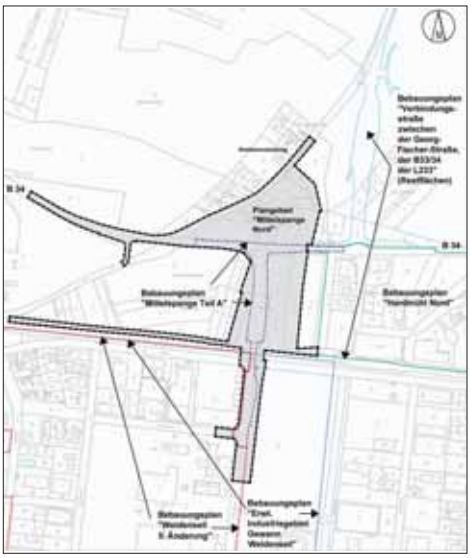
Der Bebauungsplan und die Örtlichen Bauvorschriften „Mittelspange Nord“ werden mit der beigefügten Begründung einschließlich Umweltbericht und der zusammenfassenden Erklärung gemäß § 10 Absatz 4 BauGB sowie allen Anlagen beim Fachbereich Bauen, Abteilung Stadtplanung, Zimmer 113-118, Julius-Bührer-Straße 2 (DAS2), 78224 Singen, während der üblichen Dienststunden zu jedermanns Einsicht bereitgehalten; über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Es wird gemäß § 215 Absatz 2 BauGB darauf hingewiesen, dass eine nach § 214 Absatz 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Absatz 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans sowie nach § 214 Absatz 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgang nur beachtlich sind, wenn sie innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Absatz 3 Satz 1 und 2 sowie Absatz 4 BauGB (Entschädigungsansprüche, Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen) wird gemäß § 44 Absatz 5 BauGB hingewiesen.

Singen, 28. Dezember 2011

gez. Oliver Ehret
Oberbürgermeister
der Stadt Singen



Radlerin und Radler des Jahres 2011

Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC), Gliederung Singen/Hegau, und die Umweltschutzstelle der Stadt Singen zeichneten zum zweiten Mal „die Radlerin und den Radler des Jahres“ aus. Gesucht wurden Bürgerinnen und Bürger, die sich bewusst für das Rad als alltägliches Verkehrsmittel entschieden haben und damit ein Beispiel für gesundheits- und umweltbewusstes Handeln geben.

Diesjährige Radlerin des Jahres ist Dagmar Wick, Radler des Jahres darf sich Thomas Bauschert nennen. Neben den Urkunden erhielten beide fahrradtaugliche Preise: Für die werdende Mutter gab es einen Kindersitz, Thomas Bauschert freute sich über eine qualitativ sehr hochwertige Fahrradlampe. Dank des Sponsors Fahrrad Graf bekamen sie noch eine wettertaugliche Jacke.

Mit der Aktion sollen die Bemühungen um den Ausbau und die Verbesserung des Radverkehrs unterstützt und verstärkt auf das Rad als bevorzugtes Verkehrsmittel im Stadtverkehr hingewiesen werden. Radfahren bringt die Menschen nicht nur schnell ans Ziel, der Tritt in die Pedale fördert auch die Gesundheit.

Sie engagieren sich für eine umweltbewusste und gesunde Fortbewegung (von links): Christiane Kaluza-Däschle, Umweltschutzstelle Stadt Singen, Thomas Bauschert, Dagmar Wick und Dr. Manfred Lehn vom ADFC.

Silvesterknaller: Sicher ins neue Jahr

Traditionsgemäß begrüßen viele Menschen das neue Jahr mit einem Feuerwerk in der Silvesternacht. Wer nicht schon zum Jahresbeginn böse überrascht werden will, sollte folgende wichtige Verhaltensregeln im Umgang mit Feuerwerkskörpern beachten:

• **Verkauft werden dürfen Feuerwerkskörper dieses Jahr nur vom 29. bis 31. Dezember. Die Benutzung dieser Feuerwerkskörper ist ausschließlich vom 31. Dezember, 0 Uhr, bis 1. Januar, 24 Uhr, gestattet.** Ein Abbrennen außerhalb dieses Zeitraumes ist verboten. Außerdem dürfen Feuerwerkskörper nicht in unmittelbarer Nähe von Kirchen, Krankenhäusern, Kinder- und Altenheimen abgebrannt werden.

• Beim Abbrennen von Feuerwerksartikeln auch immer auf Personen achten, die sich in unmittelbarer Nähe und damit im Gefahrenbereich befinden. Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse von Alten, Kranken und Kindern ist selbstverständlich.

• Feuerwerkskörper haben in den Händen von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren nichts zu suchen haben. Der Handel bietet eine Vielzahl von Feuerwerkskörpern für Kinder z.B. sogenannte „Tischfeuerwerke“ an, die bei Beachtung der Sicherheitsvorschriften auch von Jugendlichen benutzt werden können. Wichtig: Wer pyrotechnische Munition aus Schreckschuss- oder Gaspistolen/-revolvern verschießen möchte, darf dies nicht auf öffentlichem Gelände.

• Erlaubt ist nur das Abschießen auf eigenem Gelände oder auf einem anderen privaten Grundstück mit Zustimmung der Person, die das Hausrecht ausübt. Schießen darf außerdem nur, wer mindestens 18 Jahre alt ist. Geschossen werden darf lediglich senkrecht nach oben in die Luft; auf möglicherweise herabfallende Teile ist zu achten.

• Selbstverständlich darf nicht auf Menschen oder Tiere gezielt oder in der Nähe von leicht brennbaren Objekten geschossen werden.

Weitere Fragen beantwortet die Abteilung Sicherheit und Ordnung der Stadt Singen: Telefon 85-620.

WOCHENBLATT SINGEN

www.SINGEN.de
Aktuelle Bildergalerie

Ehrung zum Geburtstag

60 Jahre Kolpingsfamilie Worblingen

Worblingen (swb). 60 Jahre Jubiläum der Kolpingsfamilie Worblingen, das im Beisein von über hundert Mitgliedern der Kolpingsfamilien Rielasingen, Singen und Radolfzell in der Worblinger Pfarrkirche und anschließend im Pfarrheim in einem sehr festlichen Rahmen gefeiert wurde, bot den Rahmen für die Ehrung der drei Gründungsmitglieder Leo Auer, Robert Kircher und Herbert Schuhmacher, die heute noch, in Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden Paul Fröhlich, sich den heute wichtigen Aufgaben dieser Organisation stellen, zu denen auch die finanzielle Unterstützung des Ordens der Comboni-Missionare in Afrika und Südamerika zählt, die seit über zehn Jahren ununterbrochen gewährt wird.

Der Präses der Kolpingsfamilie Worblingen, Pfarrer Wendelin Benz, der auch den Festgottesdienst zelebrierte, würdigte die Verdienste der drei Worblinger Jubilare.

Diese Wurzeln reichen in die Tiefe, denn bereits 1957 hat Herbert Schuhmacher als Bezirkssenior der Region Bodensee unter Mitwirkung der beim Jubiläumsfest anwesenden Kolpingsfamilien Singen, Rielasingen und Radolfzell die auf der ostindischen Insel Flores wirkenden Missionare unterstützt, indem bei der Firma Fahr ein Traktor erworben wurde, den man per Schiff dorthin verfrachtete.

Dass diese Kolpingsfamilien des Bereiches westlicher Bodensee heute weiterhin die Missionsarbeit unterstützen, wurde durch den Vertreter der Comboni-Missionare, Bruno Haspinger, deutlich erwähnt. Diese Leistungen des Kolpingwerkes ermutige die Missionare, ihre Arbeit gegen die immer noch bestehende Not vieler Menschen in den beiden Kontinenten Afrika und Südamerika fortzusetzen.

Geehrt wurden als weiterer Höhepunkt die Jubilare der Kolpingsfamilie Rielasingen, Herbert Muffler (60 Jahre), Rolf Trautwein (60), Julius Allweyer (50) und Udo Gnädig (50) sowie von der Kolpingsfamilie Singen Franz Schikora (60 Jahre), Hubert Möbius (50), Horst Hunger (50), Gotthard Wolf (25) und Karl Weber (25).

Bruno Haspinger berichtet zum Kolpingjubiläum von seiner Arbeit in Brasilien und Afrika. swb-Bild: of

Ernst + König ehrt Mitarbeiter

Singen/Weil (swb). Auch in diesem Jahr fand die jährliche Betriebsfeier von Ernst + König wieder in der Filiale in Weil am Rhein-Haltingen statt. Inge und Armin König organisierten für die 365 geladenen Mitarbeiter aller 14 Standorte einen schönen Abend in weihnachtlichem Ambiente in der Filiale.

In diesem Rahmen wurden auch die langjährigen Mitarbeiter durch Siegfried Ernst und Armin König geehrt. Dieter Lömker, Heinz Schlotterer, Günter Babies und Ludwig Schmieder wurden jeweils für 40 Jahre Betriebszugehörigkeit geehrt. Stefan Walter (42 Jahre Betriebszugehörigkeit), Werner Engler (43 Jahre) und Josef Hug (18 Jahre) wurden ehrenvoll in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

Kupferdiebe festgenommen

Singen (swb). Bei einer metallverarbeitenden Firma in der Werner-von-Siemens-Straße wurde am Mittwoch, gegen 1.15 Uhr, Einbruchsalarm ausgelöst. Sofort fuhr die Polizei mit mehreren Streifen zum Firmengelände. Dort konnten zwei Männer im Alter von 21 und 38 Jahren festgenommen werden. Sie hatten schon eine größere Menge Kupfer zum Abtransport bereitgestellt.

Die Gewinner des ersten Fotowettbewerbes der Gemeinde Rielasingen-Worblingen stehen fest. Gewonnen hat Wilfried Vogel mit einer Aufnahme der Aach beim Naturbad. Auf Platz zwei kam Josef Rebitzer mit einer Frühlingsimpression von Worblingen. Dritter Preisträger wurde Christoph Ebbert mit einer verfremdeten Ansicht des Rielasinger Ortskerns. Alle Bilder werden auf der Homepage der Gemeinde präsentiert. swb-Bild: pr